

Kommunales Wahlprogramm der AfD KV Vulkaneifel

15-Punkte der AfD Vulkaneifel

Freiheit - statt Sozialismus!



Präambel:

Grundsätze und Leitlinien unseres politischen Handelns

Die AfD fordert eine unbedingte Rückbesinnung auf unser Grundgesetz. Rechtstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und faires Miteinander ohne Hass und Diffamierung, dürfen keine Fremdworte sein. Ausgrenzungen in jeglicher Form - egal gegen wen – sind undemokratisch und inakzeptabel. Wir fordern Volkentscheide nach dem Schweizer Vorbild.

1. Heimat

Rheinland-Pfalz ist geprägt von einer vielfältigen Kultur- und Naturlandschaft.

- Unsere Vulkaneifel ist ein Schatz, den zu bewahren und zu erhalten wir uns verpflichtet fühlen.
- Als wichtiges Schutzgebiet für zahlreiche bedrohte Arten, sowie als Naherholungsgebiet und Tourismusmagnet, muss unsere Vulkaneifel erhalten bleiben und darf nicht durch unsinnige Klimaschutz-Maßnahmen weiter in Mitleidenschaft gezogen und „verspargelt“ werden.
- Wir stehen zu einem wehrhaften Vaterland, das uns notfalls verteidigen kann und das für Recht und Ordnung sorgt.

Heimat - statt Ökodiktatur!

2. Recht und Ordnung

Grundlage eines jeden funktionierenden Staates, ist seine Rechtsordnung.

Durch unkontrollierte Einwanderung wurde die Sicherheit vieler Bürger infrage gestellt.

- Die AfD fordert daher die Einhaltung von Recht und Gesetz. Für jeden Bürger muss die Rechtssicherheit durch neutrale, unabhängige Richter und Staatsanwälte gewährleistet sein.

Rechtsordnung - statt Linkspolitik!

3. Familien

Das traditionelle Familienbild aus Vater, Mutter und Kind ist die Keimzelle unserer Gesellschaft und deshalb in jeder Hinsicht zu fördern.

- Partnerschaftliche Bindungen jeder Art unterliegen der „freien Persönlichkeitsentfaltung“ nach Art. 2 Grundgesetz und sind daher zu akzeptieren.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder steuerlich als weiteres Glied in das Splitting mit einbezogen werden.
- Für die Betreuung von Kleinkindern soll es in den ersten drei Lebensjahren ein Betreuungsgeld für Eltern oder Großeltern geben.

Familie - statt Gender-Wahnsinn!

4. Kindergärten, Schulen, Bildung

Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung.

Sprache, Bildung und Wissen, sind das Fundament jeder freiheitlichen und wirtschaftlich erfolgreichen Nation. Jede ideologiebasierte „Vergenderung“ wird von uns abgelehnt.

- Wir berufen uns auf den Beutelsbacher Konsens: Jede politische oder ideologische Manipulation von Schülern ist zu ahnden. Einen „Genderzwang“ an Schulen und Universitäten lehnen wir ab.
- Kindergärten stellen einen besonders geschützten Raum dar: Eine Frühsexualisierung in den Kindertagesstätten und Grundschulen lehnt die AfD entschieden ab. Kindererziehung liegt in elterlicher Verantwortung („keine Lufthoheit über Kinderbetten!“ [Olaf Scholz]). Kindergartenplätze sind ausreichend vorzuhalten und müssen bezahlbar bleiben.
- Wohnortnahe Grundschulen sind zu erhalten und die Ansiedelung von Privatschulen zu unterstützen.
- Förderschulen für die unterschiedlichsten Formen von Beeinträchtigungen sind zu erhalten und zu unterstützen. Eine generelle Inklusion beeinträchtigter Kinder in den Regelunterricht ist nicht zielführend und sollte vom Einzelfall abhängig gemacht werden.
- Die AfD fordert die politische Neutralität aller Bildungsstätten. Wissenschaft kann nur in einem ergebnisoffenen, unpolitischen Rahmen erfolgreich agieren. Mit Besorgnis sieht die AfD, dass die Wissenschaft sich durch Subventionsprogramme zum Büttel der Politik macht.
- Weiterbildung und Umschulungen sind zu fördern. Dabei sollte auch ein Umstieg von Studium ins Handwerk unterstützt werden.
- Im Übrigen geht es nicht an, dass pubertierende Kinder selbst über ihre Geschlechtsumwandlung bestimmen können. Das „Selbstbestimmungsgesetz“ gehört abgeschafft.

Ausbildung - statt Umbildung!

5. Katastrophenschutz, Feuerwehren und Rettungsdienste

Rettungsdienste und Feuerwehren müssen jederzeit bestens ausgestattet sein.

Sie bilden das Rüstzeug für die Rettung von Menschenleben.

- Fortbildung und Übungen müssen dazu in regelmäßigen Intervallen durchgeführt werden.
- Ehrenamtliche Helfer sollten Zusatzpunkte im Rentensystem erhalten.
- Funktionierende Warnsysteme unterschiedlicher Art und Weise müssen jeden Bürger im Gefahrenfall erreichen können.
- Dies betrifft insbesondere die Gebiete entlang der Kyll! Eine Katastrophe wie im Sommer 2021 darf sich nicht wiederholen.

Katastrophenschutz - statt Klimaschutz!

6. Energie und Umwelt

Die Energiewende führt dieses Land in den Ruin und in die Verarmung.

Die AfD fordert daher ihren sofortigen Stopp der Energiewende sowie eine objektive Berichterstattung über weitere Maßnahmen.

- Der Windkraftausbau ist sofort zu beenden. Die sogenannten „erneuerbaren“ Energien sind weder grundlastfähig, noch werden sie den Energiebedarf unseres Landes decken. Dies gilt insbesondere nach Abschaltung der letzten Kernkraftwerke im Land.
- Der unnötige und teure Stromimport aus unseren europäischen Nachbarländern hat uns bisher vor einem Blackout bewahrt.
- Der obsessive Ausbau von Windkraftanlagen führt zu einer nicht wieder gut zu machenden Umwelt- und Naturzerstörung. Die noch nicht abschließend geklärten gesundheitlichen Folgen des Infraschalls für Mensch und Tier werden billigend in Kauf genommen.
- Die AfD fordert daher die sofortige Wiederinbetriebnahme der Atomkraftwerke, sowie Investitionen in Ausbau und Förderung weiterer umweltschonender Energietechniken und moderne AKWs, die recyclingbare Abfälle produzieren.
- Das Gebäudeenergiegesetz, kurz GEG, trägt in keiner Weise zur weltweiten CO2 Reduktion bei. Ebenso wie das „Heizungsgesetz“. Sie vernichten hingegen Immobilienwerte in unkalkulierbarer Höhe. Wir fordern daher die sofortige Abschaffung der beiden Gesetze.
- Der Bezug von russischem Erdgas muss nach einer Beruhigung der aktuellen Situation vor Ort eine Option sein.

Politikwende - statt Energiewende!

7. Verkehr

Die AfD unterstützt den Individualverkehr.

Verbrenner-Autos sind durch modernste Filtertechniken heute eines der saubersten Fortbewegungsmittel. Zudem bildet die Automobiltechnik nach wie vor das Rückgrat unserer Wirtschaft.

- Ein Aus für Verbrenner, durch Verbote und Zwangssteuern, wird es mit der AfD nicht geben! Stattdessen sollten Verbrenner und E-Mobile gegeneinander konkurrenzfähig bleiben und die Entscheidung zum Wechsel in die E-Mobilität dem Bürger obliegen.
- Der ÖPNV sollte sinnvoll koordiniert werden und für alle Senioren ab dem 65 Lebensjahr kostenfrei sein.
- Das Streckennetz der Bahn muss zweckmäßig erhalten und schnellstmöglich wieder reaktiviert werden. Dies gilt auch für die Vulkaneifelbahn.

Mobilitätsvielfalt - statt Elektrosackgasse!

8. Wirtschaft

Lieferkettengesetz abschaffen, Mittelstand stärken.

Das Fundament eines jeden Staates ist eine funktionierende Wirtschaft.

Die Deindustrialisierung muss daher sofort gestoppt werden! Diese führt unser Land de facto nur in den Sozialismus mit einer Planwirtschaft im Sinne einer DDR. Neben der mangelnden und überteuerten Energie wird unsere Wirtschaft zudem durch unzählige überflüssige Vorschriften, Richtlinien und Verbote stranguliert.

- Unternehmerbetriebe sind zur Sicherung von Arbeitsplätzen in jeder Hinsicht zu unterstützen. Das betrifft besonders die Vergabe zinsarmer Kredite ohne ideologische Hintergründe zum Aufbau eines Unternehmens und dessen Existenzsicherung.
- Wir fordern eine Entlastung aller Unternehmen und Schluss mit einer unsinnigen Subventionspolitik.
- Abbau von Bürokratie, sowie Ausbau der Infrastruktur sollten in diesem Zusammenhang oberste Priorität haben.
- Wir fordern, Arbeitnehmer viel stärker von Lohnsteuern und Abgaben zu entlasten; so lohnt sich Arbeit wieder. Überstunden sollten gänzlich von allen Abgaben befreit werden.

Wirtschaftsförderung - statt Bürokratieförderung!

9. Europa

Die EU beschäftigt derzeit ca. 33.000 bestbezahlte Beamte, die reihenweise Vorschriften und Verbote produzieren.

Dieses aufgeblähte Konstrukt kostet den Bürgern ca. 8 Milliarden Euro.

Das Lieferkettengesetz gehört umgehend außer Kraft gesetzt.

Die EU ist keine demokratisch legitimierte Institution. Deshalb sollten wir ihr auch kein Recht einräumen, über uns zu bestimmen und Steuern und Abgaben zu erheben. Deutsche Arbeitnehmer, Rentner, Landwirte etc. sind teilweise deutlich schlechter gestellt, als ihre Mitbürger in den europäischen Nachbarländern.

- Wir möchten daher Europa zurückführen in eine funktionierende Staaten- und Wirtschaftsunion.
- »Einheit und Stärke nach außen – nationale Vielfalt nach innen« lautet unsere Formel.
- Keine Haftung für die Misswirtschaft anderer Länder, Beendigung der Transferunion.
- Mit uns wird es keine Abschaffung des Bargeldverkehrs geben. Bargeld ist geprägte Freiheit und bedeutet Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung!
- Zur friedlichen Lösung von Konflikten in Europa sollten größere Anstrengungen unternommen werden.
- Friedensdiplomatie statt Waffenlieferung in die Ukraine und andere Krisengebiete!

Wehrhaftes Europa - statt: „wer haftet, in Europa?“

10. Gesundheitspolitik

Verantwortungsvolle, flächendeckende Gesundheitsversorgung.

Der Abbau unserer Infrastruktur im Gesundheitswesen ist alarmierend.

- Keine weiteren Krankenhausschließungen.
- Keine weitere Schließung von Geburtsstationen.
- Breite, ausgedehnte Aus- und Weiterbildung von Ärzten unterschiedlichster Fachrichtungen.
- Finanzielle Unterstützung bei der Niederlassung von Hausärzten im ländlichen Raum.
- Der Berufstand des Heilpraktikers und des Homöopathen, muss als Alternative zur »Schulmedizin«, anerkannt bleiben.
Getreu dem Motto: »Wer und was heilt hat Recht«.

Gesund leben - statt Krank sparen!

11. Asyl - Migration - Einwanderung

Unseres Asylrechts ist ein hohes Gut!

Um es zu schützen, bedarf es der unbedingten Anwendung geltenden Rechts.

Die AfD fordert:

- Schutz der Außengrenzen, eine Identitäts- und Eignungsprüfung, die sofortige Ausweisung straffälliger Migranten und im Falle von „Doppelpass“-Inhabern: zusätzlich und unbürokratisch der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft.
- Einwanderern und Asylsuchenden mit Bleiberecht, muss nach einer Identitäts- und Eignungsprüfung im Gegenzug erlaubt werden zeitnah einer Beschäftigung nachzugehen – ob nun im sozialen Dienst, an der Gemeinschaft, im kommunalen Bereich oder am regulären Arbeitsmarkt – Zielsetzung muss der eigenständige »Broterwerb« sein.
- Facharbeiter mit ausreichenden Deutschkenntnissen, sowie entsprechenden Zeugnissen und Expertisen sollen unbürokratisch in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden können. Wir fordern deutsche Interessenswahrnehmung und eine Zuwanderung nach dem Vorbild Japans.
- Finanzielle Leistungen und Zuwendungen sollten ausschließlich über eine Bezahlkarte abgewickelt werden.
- Missbrauch von Asyl- und Gastrecht muss jedoch geahndet werden und darf nicht folgenlos bleiben.
- Gettoisierung muss vermieden werden. Vor allem im Sinne einer Integrationsförderung, ist eine dezentrale Unterbringung Asylsuchender zu bevorzugen.

Asylrecht - statt Sozialmigration!

12. Wohnraum

Ungezügelter Zuwanderung erhöht zwangsläufig auch den Bedarf an Wohnraum.

Die enorme Flut an Gesetzen und Vorschriften, ausufernde Bürokratie, Inflation und Zinstreiberei, ebenso das Lieferketten- und Gebäudeenergiegesetz bremsen die Baubranche aus.

- Die Grunderwerbssteuer sollte »im Zuge einer Wohnbebauung« generell nicht mehr erhoben werden.

Wohnungsbau „fördern“ - statt bürokratisieren!

13. Bürger und Unternehmer

Bürger wie Unternehmer zahlen in Deutschland die höchsten Energiepreise Europas.

Die AfD fordert daher deren Entlastung durch:

- Sofortige Abschaffung der CO₂ Steuer!
- Vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.
- Gewerbesteuer mit Augenmaß
- Eine Grundsteuerreform - ohne Mehrbelastung des Bürgers.
- Wir lehnen jegliche Steuer- oder Gebührenerhöhungen sowie weitere Erhöhungen der Hebesätze ab.

Entlasten – statt belasten!

14. Kommunalhaushalt

Alle kommunalen Haushalte sind nachhaltig zu finanzieren.

Die Einhaltung des Konnexitätsprinzips ist zu wahren. Aufgaben- und Finanzverantwortung gehören stets zusammen. Wer bestellt, muss auch bezahlen!

- Das gilt insbesondere für Aufgaben, die die Kommunen von Bund und Land auferlegt bekommen, wie auch zum Beispiel Unterbringungs- und Verwaltungskosten für Asylberechtigte.
- Allein durch Abbau überbordender Bürokratie könnten die Kosten und Belastungen für die Kommunen - und damit auch für den Bürger - erheblich gesenkt werden.

Wohnungsbau „fördern“ - statt bürokratisieren!

15. Land- und Jagdwirtschaft, Forst- und Weinbau

Die Ernährungssicherheit unserer Bürger ist durch den sogenannten »green deal« nicht mehr gewährleistet.

Die AfD fordert daher umgehend:

- Ausstieg aus dem »Green Deal«
- Ausstieg aus dem »Pariser Abkommen«
- Sowie Aufhebung der sogenannten »Roten Gebiete«.

Landwirte, Förster und Weinbauern genießen eine der bestqualifiziertesten Ausbildungen in unserem Land und wissen was sie tun.

Unsinnige Vorschriften behindern diese Berufe jedoch und gefährden damit die Sicherstellung unsere Ernährung.

- Die AfD unterstützt in dem Zusammenhang daher auch die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte durch den Erzeuger.
- Der Wolf muss ins Jagdrecht aufgenommen werden.

Wir stellen uns entschieden gegen die die Verunglimpfung der Landwirte und Jäger!

Ernährungssicherheit – statt Vorschriftenwahn!

Inhaltlich beschlossen am 17.03.2024 vom Kreisparteitag der AfD Vulkaneifel

Gez. Beate Härig-Dickersbach, Kreisvorsitzende der AfD Vulkaneifel

AfD KV Vulkaneifel
Gerolsteiner Straße 37
54570 Pelm

Telefon: 01573/0708400

E-Mail: vorsitzender@afd-vulkaneifel.de

Internet:
www.afd-vulkaneifel.de

Facebook:
afd Kreisverband Vulkaneifel
www.facebook.com/afd.KV.Vulkaneifel

Twitter:
www.instagram.com/afd_vulkaneifel/?hl=de



Stärken Sie unsere Grundrechte!

Wie? Indem Sie mitmachen:

afd.de/mitglied werden

Oder Sie unterstützen unsere Arbeit für ein normales Deutschland mit einer Spende. Spenden sind in der Regel steuerlich absetzbar.

Bankverbindung:

IBAN DE64 5776 1591 0536 6271 00

Bitte geben Sie im Betreff mit an:
Spende + vollständige Adresse